

ROTE ANNELIESE

Fukushima

Die Atomkatastrophe von Fukushima ist noch lange nicht ausgestanden. Trotzdem werden auch im Wallis zurzeit unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan die energiepolitischen Weichen neu gestellt. Verhilft der Super-GAU von Fukushima den erneuerbaren Energien zu ihrem lange erhofften Siegeszug?

SEITE › 4

Deponie-Notstand
**Wohin Baufirmen
mit ihrem Müll gehen**

SEITE › 3

Katholisches Jugendtreffen
**Beim Kirchen-Anlass
zahlt der Staat mit**

SEITE › 9

Robert Jungk
**Der
Atomstaat**

SEITE › 12



Energiepolitik im Zeitalter nach Fukushima

Diese Nummer der «Roten Anneliese» entstand unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan. Wer konnte sich das vorstellen: 25 Jahre nach der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl hatte sich der radioaktive Staub soweit gesetzt, dass ein AKW-Neubau in der Schweiz wieder realistisch schien. Millionen butterten die Stromkonzerte in die Vorbereitung der Abstimmungskampagne für einen AKW-Ersatz – der letzte Stimmungstest in Bern und vor Fukushima zeigte: Mit genügend Engagement kann eine Atom-Abstimmung auch nach Tschernobyl gewonnen werden. Das war einmal.

Inzwischen ändert sich die Ausgangslage für das Wallis als Energieproduzent fast täglich. Nach dem Wahlsieg der Grünen in Baden-Württemberg und dem atompolitischen Schwenker der Merkel-Regierung, ist die Ausgangslage für die Stromproduzenten und deren Tochterfirmen im Wallis eine völlig andere (Seite 6).

Jetzt rücken die erneuerbaren Energieträger wieder in den Fokus der konkret umzusetzenden Energiepolitik. Die Behörden im Wallis denken da vor

allem an die Wasserkraft. Was sie dabei vergessen: In den Schubladen des Departements Cina liegt seit Sommer 2010 ein pfannenfertiger Massnahmenplan zur Förderung von Solarpanels auf Walliser Dächern. Würde allein nur das Potential auf den Dächern genutzt – Mühleberg könnte man abschalten. Auf der anderen Seite ist das Ausbaupotential der Kleinwasserkraft bescheiden. Und: Die Eingriffe zur Fassung des letzten Gebirgsbachs stehen in keinem Verhältnis zur effektiven Ausbeute an sauberem Strom (Seite 4).

Die Katastrophe in Japan weckte aber auch Erinnerungen an die ersten Mahner vor dem Atomzeitalter. Bereits in den 50er-Jahren zeichnete Robert Jungk ein rabenschwarzes Bild von der Zukunft der Menschheit im Atomzeitalter. Sein Buch, «der Atomstaat», wurde inzwischen von den Ereignissen in Japan eingeholt: Die Bilder von Evakuationszentren für die Flüchtlinge aus der Sperrzone führen in Realität vor Augen, was sich Jungk nur vorstellen konnte (Seite 12).

Cyrril Pinto

Inhalt

Imboden:
Geht im Kieswerk Sevenett alles mit rechten Dingen zu?

SEITE › 3

Energie-Wende:
Cina lässt brisanten Massnahmenplan im Schatten

SEITE › 4

Machtwechsel:
Warum Grün-Rot den Wallisern Kopfweh bereitet

SEITE › 6

Solar-Hokuspokus:
Wo Genesis-Solar schon einmal trickste

SEITE › 7

Verwaltungsreform:
Wie viel Macht erhält die neue Stabsstelle?

SEITE › 8

Kirche am Steuertropf:
Warum Paul Martone zu viel versprach

SEITE › 9

Fusion:
In Tärbinu sorgt herrscht noch immer Fusionskater

SEITE › 10

Bücher:
Alusuisse und Gandhi

SEITE › 11

Hilar Eggel:
Robert Jungk – Der Atomstaat

SEITE › 12

Agenda:
Wohin Frau/Mann geht – die RA-Tipps ...

SEITE › 14



Am Vispa-Ufer: Die Baufirma Imboden verarbeitet mineralischen Bauabfall im Stundhaus im grossen Stil. *Cyrril Pinto*

Bauabfall-Recycling

Bauschutt im Stundhaus – alles sauber?

OBERWALLIS / VISPETERMINEN – Im Oberwallis herrscht Deponie-Notstand. In einer komfortablen Situation sind da Baufirmen, die den mineralischen Abfall selbst verarbeiten können – dafür bräuchte es aber eine Bewilligung.

Der Hinweis erreichte die «RA» per Telefon: Auf dem Areal des Kieswerks Sevenett im Visper Stundhaus werde Bauschutt gelagert, statt auf einer Bauschutt-Deponie entsorgt. Ein Augenschein vor Ort zeigt: Tatsächlich werden grosse Mengen Aushubmaterial auf dem Kieswerk-Areal der Firma Imboden gelagert – und Bauschutt wird dort mit Brechmaschinen zu feinem Schutt weiterverarbeitet.

Abfall vom Brückenweg-Projekt

Der mineralische Abfall, stammt vom Brückenweg-Projekt am Bahnhof Visp – die Firma Imboden erhielt den Auftrag für den Aushub der Grossüberbauung. 25- bis 30 000 Kubikmeter Material fielen bei den Arbeiten an. 20 bis 25 Franken pro Kubikmeter Material kostet die Entsorgung auf einer Bauschutt-Deponie. Zwischen einer halben Million und 750 000 Franken verdient eine Unternehmung, wenn sie den Aushub selbst verarbeitet. Tatsächlich stehen auf dem Sevenett-Areal grosse Brechmaschinen – damit werden Betonröhren und grosse Fundamenteile aus dem Aushub-

material gebrochen – Armierungseisen und Plastikfolien werden herausgenommen. Das übrige, sehr feine mineralische Material wird direkt an der Vispa gelagert. Und: In der Umgebung wird durch das gebrochene Material sehr viel Staub aufgewirbelt.

«Momentan keine Bewilligung»

Was noch mehr Staub aufwirbeln wird: Für das weiterverarbeiten von mineralischem Bauabfall hat die Firma Imboden keine Bewilligung, wie aus einer Stellungnahme des Kantons hervorgeht. In einer schriftlichen Stellungnahme der Dienststelle für Umweltschutz (DUS) heisst es auf die Frage, ob die Firma Imboden eine Baubewilligung zur Verarbeitung von Bauschutt auf dem Kieswerk-Areal hat: «Im Moment nicht.» Hintergrund: Im Rahmen einer Gesamtinspektion durch den Fachverband Sand, Kies und Beton (FSKB) und in Zusammenarbeit mit der DUS wurde das Kieswerk am 8. Februar 2011 überprüft. Die Betreiberin, die Firma Imboden, wurde aufgefordert, verschiedene Bereiche des Kieswerks zu sanieren oder zu optimieren. «Dazu gehören

auch Gesuche für fehlende Bewilligungen», heisst es in der Stellungnahme des Kantons zu den Vorgängen auf dem Sevenett-Areal. Offenbar ging die Kantonsverwaltung davon aus, dass die im Februar beanstandeten fehlenden Bewilligungen möglichst schnell bei der Gemeinde Visperterminen eingeholt werden – dort bestätigt man aber auf Anfrage, dass seit Februar kein Baugesuch der Firma Imboden eingegangen ist. Die Firma Imboden AG räumt ein, dass sie von der Dienststelle für Umweltschutz aufgefordert wurde, «einzelne Bereiche des Kieswerks zu überprüfen». Aber über eine vorhandene oder eben nicht vorhandene Bewilligung zur Verarbeitung von mineralischem Abfall auf dem Kieswerk-Gelände ist man sich offenbar nicht einig. Denn die Imboden AG beruft sich in ihrer Stellungnahme gegenüber der «RA» auf eine Baubewilligung zur Material-Aufbereitung aus den Jahren 1989 und 1993 – erteilt von der kantonalen Baukommission. Und zur Verminderung der Staubbelastung habe man bereits vor längerer Zeit eine Berieselungsanlage installiert, schreibt die Firma Imboden.

Material «nur leicht belastet»

Der anonyme Anrufer äusserte die Befürchtung, dass das Material auf dem Kieswerkareal kontaminiert sei – immerhin befand sich früher auf dem Brückenweg-Areal eine Werkstätte der damaligen BVZ. Tatsächlich war gemäss einem Gutachten des Ingenieurbüros Odilo Schmid das Aushubmaterial auf dem Brückenweg-Areal leicht mit Schwermetallen, Kohlewasserstoff und so genannten PAK belastet. Wobei «der Toleranzwert aber nicht überschritten wurde», zitiert die Firma Imboden aus dem Gutachten. Deshalb habe man das Abbruch- und Aushubmaterial vom Brückenweg wiederaufbereitet und weiterverwendet. (cp)

IMPRESSUM
HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch
www.roteanneliese.ch
INTERNET
REDAKTOR Cyrril Pinto (cp)
MITARBEITERINNEN
DIESER NUMMER Marie-Theres Kämpfen
Hilar Eggel (he)
s+z:gutzumdruck.
3902 Brig-Glis
DRUCK

ABONNEMENTE
Jahresabo Fr. 50.–
Jugendabo Fr. 25.–
Unterstützungsabo Fr. 80.–
BANKKONTO PC 19-8382-6
TITELBILD
Das zerstörte Atomkraftwerk Fukushima Daiichi, aufgenommen am 17. März von einem DigitalGlobe-Satelliten. *Creative common/flickr.com*



Fünfergremium mit Staatskanzler: Die Generalsekretäre verstecken sich hinter der Leinwand.

Verwaltungsreform

Der Regierung rechte Hand

SITTEN – Seit dem 1. März laufen die Fäden im Walliser Staatsrat bei neu geschaffenen Generalsekretariaten zusammen. Breits zur Funktionsweise der Sekretäre herrscht offenbar Unklarheit.

Ende Februar lud der Walliser Staatsrat zu einer Medienkonferenz in eigener Sache. Die Einladung zur Medienkonferenz klang unspektakulär: «Gouvernance des Walliser Staatsrats». Doch was die Regierung am 23. Februar den Medien zu verkünden hatte, stellt die bedeutendste Verwaltungsreform in der Walliser Regierung seit langem dar. Er habe, bereits an einer Sitzung vom 30. Juni fünf Achsen zur Verbesserung der Regierungsführung beschlossen, teilte der Staatsrat mit. Bedeutendste Änderung: In jedem Departement wird eine neue Stabstelle geschaffen – geleitet durch Generalsekretäre.

Schreibkraft oder Schattenstaatsrat?

Hintergrund: Bisher stellten Staatsräte zur administrativen Entlastung persönliche Mitarbeiter an. Dies wollte man mit der Schaffung der Generalsekretariate auf eine geregelte Basis stellen, verlaute Staatsrätin Waeber-Kalbermatten an der Medienkonferenz.

In anderen Kantonen, oder auch beim Bund, kennt man bereits diese Stabsstellen, welche direkt dem jeweiligen Regierungsmitglied unterstellt sind. Die Generalsekretäre sorgen für den departementsinternen Informationsfluss zwi-

schenden den verschiedenen Abteilungen, erledigen die täglich anfallende Administrativ-Arbeit eines Regierungsrats und koordinieren Departements-übergreifende Projekte.

Breiter Handlungsspielraum

Nur: Über den effektiven Handlungsspielraum der neuen Generalsekretäre herrscht in der Walliser Regierung offenbar Konfusion. Während eine Fraktion im Staatsrat die neuen Stabsstellen als rein administrative Entlastung sehen, setzten andere Regierungsmitglieder ihre neuen Generalsekretariate weit offensiver ein, wie regierungsnahen Quellen wissen. Der Handlungsspielraum der neuen Generalsekretäre reicht tatsächlich von einer administrativen Entlastung bis zur Position eines Schattenstaatsrats.

Man erhoffe sich, dass man vermehrt die Interessen des Wallis in den Kommissionen auf nationaler Ebene vertreten könne, hiess es an der Medienkonferenz weiter. Schon heute nehme dies einen Arbeitstag eines Staatsrats pro Woche in Anspruch.

Wer weiss, vielleicht sieht man manche Staatsräte nach der Verwaltungsreform nicht mehr so oft im Wallis. (cp)

Bundesgericht will Stromleitung im Boden verlegt haben

WALLIS / AARGAU – Die Walliser Bemühungen für die Verlegung von neuen Hochspannungsleitungen in den Boden erhalten Schützenhilfe von unerwarteter Seite. In einem wegweisenden Bundesgerichtsurteil, erlangte eine Aargauer Gemeinde, welche gegen eine neue Freileitung kämpfte, nun vor Bundesgericht Recht.

Gemäss dem Urteil des Bundesgerichts muss die neue Hochspannungsleitung Beznau-Birr bei Riniken auf einer Strecke von rund einem Kilometer unterirdisch verlegt werden. Die Axpo AG hatte beabsichtigt, die bereits bestehende Freileitung durch eine ebensolche mit leicht geänderter Linienführung zu ersetzen.

Der Riniker Vizeammann zeigt sich aber auch überrascht, zuletzt wollte er nicht mehr recht an einen Erfolg glauben. Es sei ein schönes Zeichen, dass man sich jetzt vorwärts orientiere. Unzählige Stunden an Frondienst seien in den letzten Jahren auch von der Bevölkerung geleistet worden. «Jetzt ist die Axpo gefordert und ich hoffe, dass sie es schnell an die Hand nehmen.»

Die Gemeinde Riniken und zahlreiche Privatpersonen verlangten, dass die Leitung zur Schonung der Landschaft teilweise unterirdisch verkabelt werde. Das Bundesamt für Energie lehnte dieses Ansinnen 2006 ab und erteilte die Plangenehmigung für eine Freileitung, was vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde.

Das Bundesgericht hat die dagegen erhobene Beschwerde der Gemeinde und der weiteren Opponenten nun gutgeheissen. Die Sache geht zur Ausarbeitung eines konkreten Projekts für die Verlegung unter der Erde zurück ans Bundesamt für Energie.

Technischer Fortschritt

Das Gericht erinnert zunächst daran, dass nach bisheriger Praxis eine unterirdische Verkabelung wegen der höheren Kosten und sonstiger Nachteile in der Regel nur dann als notwendig erachtet wurde, wenn es sich um eine «besonders schützenswerte Landschaft» im Sinne des Natur- und Heimatschutzgesetzes handelt.

Im letzten Jahrzehnt seien unter der Erde verlegte Kabelanlagen wegen des technischen Fortschritts nun aber leistungsfähiger, zuverlässiger und billiger geworden. Eine Verkabelung könne sich deshalb heutzutage auch aufdrängen, wenn es um die Erhaltung einer Landschaft von «nur» mittlerer oder lokaler Bedeutung handle.

Bessere Energieeffizienz

Ins Gewicht falle vor allen die bessere Energieeffizienz der unterirdischen Verkabelung. Die Stromverluste seien bei Freileitungen erheblich grösser als diejenigen einer Kabelanlage. Dies sei nicht nur energiepolitisch bedenklich, sondern führe über die gesamte Betriebsdauer der Anlage gesehen auch zu hohen Kosten.

Insgesamt würden die höheren Investitionskosten für Erdanlagen die Stromverlustkosten von Freileitungen weitgehend ausgleichen.

Laut Gericht ist allerdings zu beachten, dass im konkreten Fall nur eine kurze Strecke in gut zugänglichem Gebiet betroffen ist. Grundsätzlich sei immer ein Kostenvergleich im Einzelfall nötig. (ra)



Weltjugendtag 2008 in Sidney: Jugendliche empfangen den Papst.

Nationales Jugendtreffen

Ihr Kinderlein kommet

BRIG – Im Mai treffen sich Katholische Jugendliche in Brig zu einem Vorbereitungstreffen für den Weltjugendtag. Die Öffentliche Hand unterstützt den Anlass – zuvor versicherte der Briger Pfarrer Paul Martone: « In diesen Anlass fliessen keine Steuergelder.»

Die Durchsage war so klar, dass sie eigentlich keinen Zweifel mehr offen liess: «In diese Veranstaltung fliesst kein einziger Rappen an Steuergeldern aus dem Wallis.» Gezeichnet waren diese Zeilen von Paul Martone. Der Mailwechsel mit Martone ist seit Wochen auf Valentin Abgottsporns Homepage abgott.ch aufgeschaltet. Hintergrund: Abgottsporn wollte von den Behörden wissen, was es mit dem angekündigten Treffen der katholischen Jugend im Mai in Brig auf sich hat. Zur Überraschung Abgottsporns beantwortete Brigs Oberhirte Paul Martone persönlich die Anfrage des Freidenkers.

Fehlende Transparenz

Vor allem wegen der «fehlenden finanziellen Transparenz im Bereich Kirche und die abwesende Trennung von Staat und Kirche» stellte Abgottsporn im Namen der Freidenker-Vereinigung Wallis zum geplanten Anlass in Brig kritische Fragen. Die Mail mit der Frage nach der Unterstützung des Jugendtreffens ging mit Kopie an die Oberwalliser Medien. Mit Blick auf das Programm des katholischen Jugendtreffens in

Brig, schrieb Abgottsporn: «Da kommt einiges an finanziellem Aufwand auf die Organisatoren zu.» Wahrscheinlich würden die Kosten wieder einmal vom allgemeinen Fiskus zu tragen sein – so sich dieser Jugendtreff nicht auch an konfessionsfreie oder andersgläubige Jugendliche wende, «wäre das wohl eine nicht geringe Ungerechtigkeit», hält Abgottsporn in dem Schreiben an die Medien und Paul Martone richtigerweise fest. Die Antwort per Mail folgte noch am selben Tag: «Lieber Valentin, es freut mich, dass Du Dir mit Blick auf das katholische Jugendtreffen so grosse Sorgen um die Walliser Steuern machst. Ich kann Dich aber beruhigen: In die Veranstaltung fliesst kein Rappen Steuergeld – vielmehr wird alles durch Spenden und Sponsoren finanziert», lautete die schnelle Antwort des Briger Hirten Martone –vielleicht wurde die Antwort zu schnell verfasst ...

Juko und Stadtgemeinde sponsern

Denn ein Blick auf den offiziellen Flyer des Nationalen Jugendtreffens in Brig, der nun im Internet veröffentlicht wurde, zeigt: Die Stadtgemeinde Brig-Glis, die Jugendkommission des Kantons

sowie Brig-Belalp Tourismus unterstützten als Partner den Anlass. Tatsächlich trägt die Jugendkommission zu dem Anlass 10 000 Franken bei, wie der Jugenddelegierte des Kantons, Paul Burgener, auf Anfrage bestätigte. Darüber hinaus wird den Veranstaltern des Anlasses die Miete für die Simplonhalle erlassen, wie Stadtrat Patrick Amoos auf Anfrage bestätigte. Brig-Belalp Tourismus reduziert die Miete von rund 3 200 Franken für die Halle auf die Hälfte – dieser Betrag wird dann von der Stadtgemeinde übernommen.

Zu behaupten, dass das Nationale Jugendtreffen konfessionsneutral ist, wäre, wie wenn man den Vatikan als säkularen Staat bezeichnen würde.

Die Veranstaltung wird von der katholischen Kirche organisiert – die Fäden laufen in Zürich bei Blauring und Jungwacht zusammen, wo man sich per Telefon oder Mail für den Anlass im Mai anmelden kann. Auf dem Programm der drei Tage im Mai in Brig stehen «Gebet, Meditation und Gottesdienst» – Diskussionsrunden mit mehreren Bischöfen sollen die Veranstaltung auflockern – mit Rockkonzerten sollen neue Schächchen in den Schoss der Katholischen Kirche gelockt werden, wie Paul Martone im Januar über die Rubrik «Kirche und Welt» im «Walliser Boten» verkündete.

Die Veranstaltung in Brig gilt als Vorbereitung auf den Weltjugendtag, der in diesem Jahr Ende August in Madrid durchgeführt wird. Dass es sich bei dem Anlass um eine tief religiöse Veranstaltung der Katholischen Kirche handelt ist unbestritten, wie ein Blick auf das Programm des Weltjugendtages offenbart.

Kreuzweg und Papstmesse

Das Programm des Weltjugendtages in Madrid wiederum liest sich wie der Stundenplan eines angehenden Priesters im Priesterseminar. Während knapp einer Woche wird gebetet, gesungen und dem Papst gehuldigt. Die Eröffnungsmesse wird durch den Erzbischof von Madrid gefeiert. Teilnehmer des Weltjugendtages haben die Möglichkeit «in vielen verschiedenen Sprachen an Katechesen von Bischöfen teilzunehmen», wie es auf der offiziellen Seite des Weltjugendtages heisst. Höhepunkte bilden jeweils öffentliche Auftritte des Papstes – aufgelockert wird das ganze durch ein Kulturprogramm mit Konzerten, Museumsbesuchen und Theatervorstellungen. Wer es weniger weltlich mag, nimmt am Freitagabend am Kreuzweg mit Stationen der Passionsgeschichte teil – oder trifft sich mit jungen Ordensfrauen im Hof des Klosters «El Escorial». Am letzten Abend, bevor der Papst verabschiedet wird, verbringen die Teilnehmer des Weltjugendtages die Nacht unter freiem Himmel – in Zelten wird «Jesus Christus im Allerheiligsten Sakrament die Nacht hindurch angebetet werden können», heisst es auf der Homepage des Weltjugendtages. Am nächsten Morgen dann wird der Papst verabschiedet, bevor sich die katholische Jugend auf den Heimweg macht.

Abgottsporn selbst überraschte das Ergebnis der «RA»-Recherche wenig: «Ich möchte wissen, ob die Freidenker-Vereinigung bei einem Treffen in Brig auf eine derart grosszügige Unterstützung durch öffentliche Mittel zählen könnte», war sein Kommentar.

Dass die Freidenker keinen Rappen Steuergelder bekommen dürften, ist tatsächlich so sicher wie das Amen in der Kirche. (cp)